

Presseinformation: 2015-03-009

Datum: 18.03.2015

PRESSEINFORMATION

Ansprechpartner: Michael Eilenberger

Tel. 0174 4608078

E-Mail: landschaftsschutz-sachsen@gmx.de

Internet: www.sachsen-gegenwind.de

Arbeitskreis Windenergie in der Region Dresden endet wie das Hornberger Schießen

„Außer Spesen nichts gewesen“, so lautet das Fazit der Teilnehmer des Landesverbandes Landschaftsschutz an den Treffen des „Arbeitskreises“.

Insgesamt 8-mal haben sich ehrenamtliche Vertreter von Bürgerinitiativen jeweils bis zu 4 Stunden in den Räumlichkeiten des Regionalen Planungsverbandes mit Vertretern des Planungsverbandes, zuständigen Behörden und der Windkraftlobby getroffen, um die Planung zukünftiger Vorrang- und Eignungsgebiete (VREG) zur Windenergienutzung in unserer Region zu hinterfragen und deren Hintergründe und Auswirkungen zu diskutieren.

Dabei wurde deutlich, dass Politik, Verwaltung, Fachbehörden und auch die Windkraftlobby nicht über ein ganzheitliches Konzept für die Umsetzung der sogenannten „Energiewende“ verfügt. Außerdem, sind nach Auffassung des Landesverbandes Landschaftsschutz, die Auswirkungen der energiepolitischen Zielvorgaben zur Nutzung der Windenergie auf Natur, Landschaft und insbesondere die Siedlungsstruktur im ländlichen Raum bisher nicht hinreichend untersucht und bedacht worden.

Die Argumentation der Behördenvertreter erschöpfte sich meist in der Wiederholung von juristischen und politischen Argumenten für die Alternativlosigkeit der Planungen, die durch „übergeordnete Instanzen, Planungen und Rechtsvorschriften“ erzwungen würden. Der Eindruck, der sich schnell verfestigte war, dass hier die politische Agenda zum Windenergieausbau um jeden Preis umgesetzt werden soll.

Dabei ist bis heute weitgehend unklar, welche Position die Fachministerien, die Sächsische Landesregierung und die politischen Parteien – mit Ausnahme der FDP und der Grünen - in den strittigen Fragen eigentlich beziehen und wie die offenen Fragen beantwortet werden sollen. Die Aussagen im Koalitionsvertrag zum Thema Windenergie, werden offenbar durch die Windkraftlobby als deutliches Bekenntnis zur großzügigen Planung von Windparks in Sachsen interpretiert. Dies geschieht unter völliger Ignoranz der Forderungen des Landesverbandes Landschaftsschutz nach einem hinreichenden Schutzabstand, der dem mindestens der 10 fachen Gesamthöhe (10H) einer Windenergieanlage entsprechen muss.

Einen faden Nachgeschmack hinterlassen insbesondere die Einlassungen prominenter Vertreter der Windkraftlobby, die offenbar im ländlichen Raum Sachsens die Rücksichtnahme auf die Belange von Mensch, Umwelt und Landschaftsbild für drittrangig halten.

Sehr zur Freude der Windindustrie wird in Deutschland und zukünftig womöglich auch in Sachsen, alles unterlassen, um die nötigen Rechtsnormen zum Schutz von Mensch und Natur den Dimensionen heutiger WEA anzupassen.

Den Aussagen des Koalitionsvertrages der Sächsischen Staatsregierung zu Folge soll in unveränderter Art und Weise, die Festlegungen der Schutzabstände zur Wohnbebauung den vier Planungsverbänden übertragen werden. Das Brisante hierbei ist, das man mit dem gegenwärtigen Ausbauszenario schon an die Grenzen des Machbaren stößt. Überall wo Windparkpläne bzw. Repoweringvorhaben bekannt werden weht den Planern der Proteststurm der Bürger entgegen. Planansätze, die den Menschen höhere Schutzabstände zubilligen, wie dies im Jahr 2003 der Fall war, werden von der Genehmigungsbehörde abgelehnt. Die Umsetzung energiepolitischer Zielvorgaben erfolgt nach dem Motto, „Was nicht passt, wird passend gemacht“. Schutzabstände zur Wohnbebauung, Waldflächen und Schutzgebiete stehen solange im Fokus der Planer bis schlussendlich der Windenergie genügend substanziiell Raum verschafft wurde. Bei der Nachfrage, bei welcher Ausbauleistung der Windenergie genügend substanziiell Raum verschafft worden ist, hüllt sich die Genehmigungsbehörde in Schweigen. Hier offenbart sich ein Zustand, der dem Transparenzprinzip einer öffentlichen Planung diametral entgegensteht.

Auch nach Jahren der öffentlichen Debatte ist leider nicht erkennbar, zu welchen Schlussfolgerungen Politik und Verwaltung im Hinblick auf die Planungen kommen werden. Insofern müssen die möglicherweise betroffenen Bürger weiterhin bangen, sei es um ihre Gesundheit, sei es um den Wert ihrer Immobilien oder sei es um die Entwicklung ihrer Heimat.

Wir werden weiterhin die Planverfahren aufmerksam beobachten und fordern Politik und Verwaltung auf, die Fragen, Argumente und auch Ängste aus der Bürgerschaft endlich ernst zu nehmen. Auch müssen endlich qualifizierte Untersuchungen und Prognosen zu den Auswirkungen und Gefahren, die von Großwindanlagen ausgehen, auf den Weg gebracht werden. Neue Erkenntnisse zu gesundheitlichen Gefahren von WEA, müssen auch in Deutschland endlich die notwendige Berücksichtigung erfahren. Unsere wenigen Wälder dürfen in Sachsen nicht der Windlobby geopfert werden. Mit verwaltungsrechtlichen, umweltpolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Argumentationen allein wird man der komplexen Materie jedenfalls nicht gerecht.

Bei aller geübter Kritik, möchte sich der Landesverband Landschaftsschutz Sachsen an dieser Stelle beim regionalen Planungsverband Oberes Elbtal – Osterzgebirge und seinem Verbandsvorsitzenden Herrn Landrat Geisler für diese Art der Einbeziehung in den Planungsprozess bedanken. Der Planungsverband hat mit der Schaffung des Arbeitskreises innerhalb der vier sächsischen Verbände Maßstäbe gesetzt. Unser Dank ist mit der Hoffnung verbunden, dass in der nächsten Planungsrunde die Belange der Bürgerinnen und Bürger sowie des Natur- und Landschaftsschutzes, Gehör und Eingang finden

Mit freundlichen Grüßen

Michael Eilenberger

Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen des Bundesverbandes Landschaftsschutz e.V.

Mitglied im Energiebeirat des Freistaates Sachsen